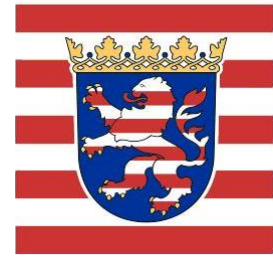




HESSEN



Bericht aus Brüssel

06/2022 vom 28.03.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	9
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	12
Finanzen.....	13
Gesundheit und Verbraucherschutz	15
Umwelt.....	16
Landwirtschaft.....	17
Justiz.....	20
Inneres.....	21
Bildung und Kultur.....	24
EU-Förderprogramme.....	25
Veranstaltungen.....	25
Vorschau.....	29

Rat; Konferenz zur Zukunft Europas und Finanzierung politischer Parteien

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat sich am 22.03.2022 v.a. mit den Themen Konferenz zur Zukunft Europas und Finanzierung politischer Parteien beschäftigt. Der Vorsitz hat dem Rat eine Methodik für die nächsten Schritte der Konferenz im Hinblick auf die Abschlussveranstaltung am 09.05.2022 vorgeschlagen. Die endgültigen Ergebnisse der Konferenz, die sich auf die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger stützen sollen, werden in einem Bericht vorgestellt. Dieser soll dann am 09.05.2022 durch den Exekutivausschuss dem gemeinsamen Vorsitz der Konferenz vorlegt werden. Im Anschluss sollen die Organe, einschließlich des Rates, im Rahmen der ihnen durch die Verträge übertragenen Zuständigkeiten für die Umsetzung der Schlussfolgerungen der Konferenz verantwortlich sein. Die nächsten Plenartagungen sind für den 08./09.04.2022 sowie den 29./30.04.2022 vorgesehen. Sie dienen der Vorbereitung der endgültigen Vorschläge des Plenums. Der Rat hat weiterhin eine politische Einigung (partielle allgemeine Ausrichtung) über die Neufassung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen erzielt. Die Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen ist ein Rechtsakt, der bei den Wahlen zum EP im Jahr 2019 erstmals angewendet wurde. Die Kommission legte auf Grund der Feststellung einer Reihe von Lücken im derzeitigen Rechtsrahmen am 21.11.2021 einen Vorschlag zur Neufassung dieser Verordnung vor. Die Überarbeitung verfolgt laut Rat das Ziel, die Transparenz und die Rahmenbedingungen für die Finanzierung europäischer politischer Parteien zu verbessern. Insbesondere gelte dies mit Blick auf die Gefahr von Einmischungen und Manipulationen aus dem Ausland. Gleichzeitig soll so der Verwaltungsaufwand für Europäischen Parteien begrenzt werden. Die Überarbeitung soll einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihre Institutionen und politischen Parteien leisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2022/03/22/>

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 24./25.03.2022

Der Europäische Rat (ER) tagte in Präsenz am 24./25.03.2022 in Brüssel. Der Gipfel war geprägt vom Krieg in der Ukraine. US-Präsident Joe Biden nahm am ersten Gipfeltag an einer gemeinsamen Aussprache zu dem Krieg und seinen Folgen, insbesondere mit Blick auf die Energie- und Lebensmittelversorgungssicherheit, teil. Sodann hat der ER seinen Präsidenten Charles Michel für eine zweite Amtszeit vom 01.06.2022 bis 30.11.2024 einstimmig im Amt bestätigt. In den Schlussfolgerungen (SF) verurteilen die Staats- und Regierungschefs erneut scharf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie erklären, die EU habe erhebliche Sanktionen beschlossen und stehe „nach wie vor bereit, Schlupflöcher zu schließen und gegen tatsächliche und mögliche Umgehungen vorzugehen sowie rasch weitere koordinierte harte Sanktionen gegen Russland und Belarus zu verhängen“, um die russischen Möglichkeiten zur Fortsetzung der Aggression wirksam zu vereiteln. Der ER ruft alle Länder auf, sich diesen Sanktionen anzuschließen. Alle Versuche, die Sanktionen zu umgehen oder Russland auf andere Weise Hilfestellung zu leisten, müssen unterbleiben. Der ER würdigt alle Anstrengungen, die bereits unternommen wurden, um Flüchtende aufzunehmen und ruft alle Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren. Die Arbeit an den jüngsten Kommissionsvorschlägen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten soll dringend abgeschlossen werden, damit rasch EU-Finanzmittel mobilisiert werden können. Die Kommission soll zusätzliche Vorschläge ausarbeiten, um die Unterstützung zu verstärken. Er ruft die Mitgliedstaaten auf, mit der Kommission Notfallpläne zu entwickeln, um auch den mittel- und langfristigen Bedarf

zu decken. Der ER erklärt, die EU sei entschlossen, für kontinuierliche und ununterbrochene Strom- und Gasflüsse in die Ukraine zu sorgen. Die jüngste Synchronisierung der ukrainischen und moldauischen Stromnetze mit den Netzen der EU sei „eine bemerkenswerte Leistung“, die zeige, „dass unsere Zukunft jetzt miteinander verknüpft ist“. Der ER hat sodann eine sehr lange streitige Debatte über die hohen Energiepreise geführt. Er beauftragte schließlich Rat und Kommission, die von der Kommission vorgestellten kurzfristigen Handlungsoptionen gegen die hohen Energiepreise zu prüfen. Für ESP und PRT wird eine Sonderregelung ermöglicht. Die Kommission wird ferner aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten, die das Problem der überhöhten Strompreise angehen, und dabei die Integrität des Binnenmarktes bewahren, die Anreize für den grünen Übergang beibehalten, die Versorgungssicherheit erhalten und unverhältnismäßige Kosten für den Haushalt vermeiden. Des Weiteren führte der ER eine strategische Aussprache über Sicherheit und Verteidigung und billigte den Strategischen Kompass, der die gemeinsame strategische Vision für das nächste Jahrzehnt vorgibt. Der ER hat sich ferner mit der wirtschaftlichen Lage befasst und die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets gebilligt. Die Bekämpfung von COVID-19 spielte nur eine geringe Rolle; hier fand eine kurze Aussprache über die aktuelle pandemische Lage sowie die weitere Koordinierung und die internationale Zusammenarbeit statt. Auch zu den sonstigen auswärtigen Beziehungen fallen die SF kurz aus; hier ging es um die Vorbereitung des EU-China-Gipfels am 01.04.2022 und die politische Krise in Bosnien-Herzegowina.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2022/03/24-25/>

C o r o n a

Kommission; Datenbank für COVID-19-Tests

Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Kommission hat am 11.03.2022 eine Datenbank eingerichtet, in der Informationen über COVID-19-Tests zusammengestellt und öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Konkret soll die Datenbank eine Erleichterung für Angehörige von Gesundheitsberufen und die Anwender darstellen, um über die verfügbaren Testleistungen informiert zu werden. Innerhalb kurzer Zeit habe sich die Datenbank zu einem Verzeichnis mit insgesamt 2.600 COVID-19 Testmethoden und -geräten weltweit entwickelt. Die von den Herstellern zur Verfügung gestellten Daten enthielten Leistungsangaben zu den einzelnen Geräten und Methoden, welche die Präzision, die Richtigkeit, die klinische Sensitivität und die Spezifität beschreiben. Die Datenbank habe außerdem zur Entwicklung und Pflege der gemeinsamen EU-Liste der COVID-19-Schnelltests beigetragen, wodurch auch das Reisen innerhalb der EU vereinfacht werde. Die Datenbank unterliegt einer fortlaufenden Aktualisierung durch die technische Arbeitsgruppe für COVID-19-Diagnostika des Ausschusses für Gesundheitssicherheit.

https://joint-research-centre.ec.europa.eu/jrc-news/jrc-one-stop-shop-covid-19-test-information-2022-03-11_en

Kommission; Widerrufsoption für digitales COVID-Zertifikat

Am 21.03.2022 hat die Kommission einen EU-Mechanismus angenommen, der es ermöglichen soll, betrügerische oder fehlerhafte digitale COVID-Zertifikate der Mitgliedstaaten (MS) zu widerrufen. Mit dieser Maßnahme werde ein Zertifikat, das in einem MS widerrufen wurde, auch in anderen MS als ungültig angezeigt. Das EU-weite Widerrufssystem werde einen sicheren und effizienten grenzüberschreitenden Widerruf über das EU-Gateway ermöglichen. Neben der Bekämpfung von Betrug soll

durch den Mechanismus auch das Vertrauen in das System der digitalen COVID-Zertifikate gestärkt werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/eu-digital-covid-certificate-eu-launches-new-revocation-feature>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Viertes Sanktionspaket gegen Russland

Der Rat hat am 15.03.2022 wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ein viertes Sanktionspaket mit Maßnahmen gegen bestimmte Wirtschaftssektoren und Personen in Russland beschlossen. Verboten wurden Transaktionen mit bestimmten staatseigenen Unternehmen, neue Investitionen in den russischen Energiesektor sowie die Erbringung von Ratingdiensten für russische Personen oder Organisationen. Weiterhin wurde die Liste der sanktionierten Personen erweitert sowie die Ausfuhr von für die Energiewirtschaft bestimmten Ausrüstungen, Technologien und Dienstleistungen und für den Handel mit Eisen und Stahl und für Luxusgüter beschränkt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/15/russia-s-military-aggression-against-ukraine-fourth-eu-package-of-sectoral-and-individual-measures/>

Rat; Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung

Die Ministerinnen und Minister für Verteidigung und Äußeres haben am 21.03.2022 in einer gemeinsamen Sitzung den Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung angenommen. Der Strategische Kompass ist als EU-Aktionsplan für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030 gedacht. Ziel sei es, die EU in die Lage zu versetzen, ihre Bürger zu schützen und zu Frieden und Sicherheit in der Welt beizutragen. Hierfür soll die strategische Autonomie der EU gestärkt werden. Eine stärkere und fähigere EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung soll gleichfalls einen positiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten und die NATO ergänzen. Insoweit enthält der Kompass auch ein Bekenntnis zur NATO, die für ihre Mitglieder nach wie vor das Fundament der kollektiven Verteidigung sei. Der Kompass ist in vier Säulen gegliedert: Handeln, Investieren, Sichern und Partnerschaften. Zu diesem Zweck sieht er u.a. eine schnelle Eingreiftruppe von 5.000 Soldaten sowie die Entwicklung besser Instrumente gegen hybride und Cyberbedrohungen vor. Weiterhin wurde im Rat die Einigung über weitere 500 Mio. EUR zur Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität erzielt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf>

Wirtschaft

Kommission; Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zum internationalen Beschaffungswesen

Am 14.03.2022 einigten sich die Kommission, das EP und der Rat über das Instrument für das internationale Beschaffungswesen (IPI). Dieses Instrument ermögliche der EU an Einfluss beim Zugang zu Märkten für öffentliche Aufträge in Drittstaaten zu gewinnen. Viele Handelspartner der EU würden auf ihren Märkten restriktive Praktiken anwenden, durch welche europäische Unternehmen diskriminiert würden. Besonders betroffen davon seien die Bereiche Bau, öffentlicher Verkehr, Medizinprodukte, Stromerzeugung und Arzneimittel. Durch das IPI soll die EU dazu befähigt werden,

Untersuchungen bzgl. dieser Praktiken in Drittstaaten einzuleiten, Konsultationen mit den betreffenden Ländern über die Öffnung des Markts aufzunehmen und den Zugang zum europäischen Markt für öffentliche Aufträge für Unternehmen mit Sitz in den betreffenden Ländern zu beschränken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1728

Kommission; Übernahme von MGM durch Amazon

Am 15.03.2022 genehmigte die Kommission die Übernahme der MGM Holdings Inc. (MGM) durch Amazon.com Inc. (Amazon) vorbehaltlos, da durch die Fusionierung keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken im Europäischen Wirtschaftsraum aufgeworfen würden. Die Untersuchung befasste sich mit folgenden Aspekten: den horizontalen und vertikalen Überschneidungen von MGM und Amazon in der Wertschöpfungskette für audiovisuelle Inhalte, die vertikale Verbindung zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen auf dem vorgelagerten Markt für die Produktion und Lizenzierung von Kinofilmen und dem nachgelagerten Markt für die Vorführung von Filmen sowie den Konglomeratsverbindungen zwischen MGM-Inhalten und der bestehenden audiovisuellen Produktpalette von Amazon für den Einzelhandel und den Vertrieb.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1762

Kommission; Unangekündigte Nachprüfungen in der Automobilbranche

Am 15.03.2022 führte die Kommission unangekündigte Nachprüfungen in den Räumlichkeiten von Unternehmen und Verbänden der Automobilbranche in mehreren Mitgliedsstaaten durch. Außerdem wurden parallel förmliche Auskunftsverlangen an mehrere Unternehmen der Automobilindustrie gestellt. Auslöser dafür waren Bedenken der Kommission wegen Verstößen gegen EU-Kartellvorschriften von Unternehmen und Verbänden. Die Maßnahmen befassen sich mit möglichen Absprachen in Bezug auf die Sammlung, Behandlung und Verwertung von Altfahrzeugen und leichten Nutzfahrzeugen, die als Abfall gelten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1765

Kommission; Einführung von Ausgleichszöllen gegen Indien und Indonesien in der Stahlindustrie

Am 16.03.2022 führte die Kommission Ausgleichszölle auf das Einführen von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus nichtrostendem Stahl mit Ursprung in Indonesien und Indien ein. Dies sei eine Reaktion auf die stark handelsverzerrenden Ausfuhrbeschränkungen für wichtige Rohstoffe, die besonders von Indonesien ausgehen, aber auch von China finanziert wurden. Außerdem wurden Maßnahmen gegen Vorzugsfinanzierungen, welche China Indonesien für Ausfuhren in die EU gewährt, ergriffen. Die Antisubventionszölle wurden für Indien auf 7,5% und für Indonesien auf 21% festgesetzt. Sie gelten zusätzlich zu den im vergangenen November eingeführten Antidumpingzöllen (Indien: 13,9-35,5%, Indonesien: 10,2-20,2%). Insgesamt belaufen sich nun die Zölle gegenüber den oben genannten Ländern auf 40%.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1774

Kommission; Eröffnung der Online-Plattform „Kohesio“

Zu Beginn des achten Kohäsionsforums eröffnete die Kommission am 17.03.2022 die Plattform „Kohesio“. Die Online-Plattform beinhaltet Informationen zu den mehr als 1,5 Mio. Programmen, die seit 2014 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Sozialfonds kofinanziert wurden. Außerdem liefert „Kohesio“ standardisierte Daten zu den 500.000 Projektbegünstigten, dem Stand der Projektdurchführungen und zu mehr als 300

operationellen Programmen. Diese Informationen können auf einer interaktiven Karte in allen EU-Sprachen abgerufen werden. Die Plattform erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten und Regionen, da die Projekte von nationalen und regionalen Behörden verwaltet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1767

Rat; Stärkung der Rechtsvorschriften für Batterien und Altbatterien

Am 17.03.2022 nahm der Rat eine allgemeine Ausrichtung eines Vorschlags für eine Verordnung zur Stärkung der EU-Rechtsvorschriften für Batterien und Altbatterien an. Ziele des Vorschlags sind die Förderung der Entwicklung nachhaltiger und sicherer Batterieproduktionsketten während ihres gesamten Lebenszyklus und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt. Die allgemeine Ausrichtung erweitert den Anwendungsbereich der Verordnung auf fertige Batteriemodule und alle Batterien von Elektrofahrzeugen. Mit ihr soll der Text klarer und kohärenter gestaltet werden, um den Mitgliedstaaten und Wirtschaftsakteuren mehr Klarheit und Sicherheit für die für den grünen Übergang erforderlichen Investitionen zu gewährleisten.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/sustainable-batteries-member-states-ready-to-start-negotiations-with-parliament/>

Kommission; Genehmigung erster Interreg-Programme

Am 23.03.2022 genehmigte die Kommission, im Rahmen der Kohäsionspolitik, erste Interreg-Programme für den Zeitraum 2021–2027. Insgesamt stehen Mittel in Höhe von über 481 Mio. EUR zur Verfügung. Davon fließen 280,7 Mio. EUR dem Programm „Interreg Mitteleuropa“ zu. Die Hälfte dieser Fördermittel wird für grüne Investitionen, wie die Steigerung der Energieeffizienz, die Anpassung an den Klimawandel oder die Ökologisierung der städtischen Mobilität bereitgestellt. Außerdem fließt ein Drittel der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskapazität zu. Weitere Schwerpunkte des „Interreg-Mitteleuropa“ sind die Verbesserung der Verkehrsanbindungen in ländlichen Gebieten und die Verbesserung der Governance für integrierte territoriale Entwicklung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1868

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Fahrzeugsicherheit

Am 22.03.2022 leitete die Kommission eine Konsultation zur Fahrzeugsicherheit ein. Der Entwurf beinhaltet technische Anforderungen für in unbegrenzter Serie hergestellte Fahrzeuge, Kleinserienfahrzeuge, Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung und vollautomatisierte Fahrzeuge. Außerdem sind u.a. Änderungen über die Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie Aktualisierungen zur allgemeinen Sicherheit von Kraftfahrzeugen Teil des Inhalts. Die Konsultationsfrist endet am 19.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13291-Fahrzeugsicherheit-technische-Anforderungen-fur-in-unbegrenzter-Serie-hergestellte-Fahrzeuge-Kleinserienfahrzeuge-Fahrzeuge-mit-besonderer-Zweckbestimmung-und-vollautomatisierte-Fahrzeuge_de

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Vorschriften zur Fahrzeugsicherheit

Am 22.03.2022 leitete die Kommission eine Konsultation zur Aktualisierung der EU-Vorschriften zur Fahrzeugsicherheit ein. Inhalt der vorgeschlagenen delegierten Verordnung sind Anpassungen in der Verordnung über die allgemeine

Fahrzeugsicherheit. Davon berührt sind Regelungen zur EU-Typgenehmigung und spezifische technische Anforderungen an Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten. Die Konsultationsfrist endet am 19.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13062-Vehicle-safety-update-of-EU-rules_de

Kommission; Konsultation zur EU-Weltraumpolitik

Am 17.03.2022 leitete die Kommission die Konsultation eines Vorschlags für eine Verordnung zum Schutz von Unternehmen, Behörden und der breiten Öffentlichkeit vor Cyber- und hybriden Bedrohungen ein. Dieser Verordnungsvorschlag soll unter anderem die Konnektivität für staatliche und kommerzielle Kommunikation, kritische Infrastrukturen, Maßnahmen im Außenbereich, Krisenmanagement und Meeres- und Luftraumüberwachung sicherstellen. Außerdem sollen Hochgeschwindigkeits-Breitbanddienste flächendeckend ausgebaut werden. Fristende der Konsultation ist der 12.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13189-EU-Weltraumpolitik-Initiative-fur-eine-weltraumgestutzte-sichere-Konnektivitat_de

Kommission; Konsultation zur Zertifizierung von Anhängern schwerer Nutzfahrzeugen

Am 18.03.2022 startete die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Zertifizierung bestimmter Anhänger schwerer Nutzfahrzeugen auf Grundlage ihrer Auswirkungen auf die CO₂-Emissionen und den Kraftstoffverbrauch des Zugfahrzeugs. Bei der Zertifizierung für schwere Nutzfahrzeuge sind die CO₂-Emissionen und der Kraftstoffverbrauch anhand von Standardanhängern zu ermitteln. In der Praxis können die Anhänger jedoch davon abweichen. Mit dieser Initiative soll ermöglicht werden, versch. Fahrzeuge zu vergleichen und die Verbreitung effizienterer Anhänger auf dem Markt zu fördern. Rückmeldungen sind bis zum 15.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13277-Anhanger-von-schweren-Nutzfahrzeugen-Vorschriften-fur-die-Zertifizierung-auf-der-Grundlage-der-CO2-Emissionen-und-des-Kraftstoffverbrauchs_de

E n e r g i e

EuG; Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-684/19 MEKH / ACER und T-704/19 FGSZ / ACER

Am 16.03.2022 erklärte das Gericht der EU (EuG) die Bestimmungen der Verordnung über das Verfahren zur Schaffung neuer Kapazität für den Gastransport für nicht anwendbar. Daraus folgte die Nichtigkeitserklärung der Entscheidung der Agentur der EU für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zur Schaffung neuer Kapazität für den Transport von Schwarzmeergas zwischen HUN und AUT über Fernleitungen im Rahmen des HUAT(Hungary Austria)-Projekts für Gasfernleitungsanbindungen. Das EuG stellte fest, dass die Verordnung ein Verfahren festlege, welches zu einer Verpflichtung der Fernleitungsnetzbetreiber führen kann, die zur Schaffung neuer Kapazitäten erforderlichen Investitionen tätigen zu müssen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:62019TJ0684&from=de>

Kommission; Vorschlag zur Gasbeschaffung, Energiebevorratung und Senkung der Energiepreise

Am 23.03.2022 stellte die Kommission Vorschläge zur Beseitigung der Probleme auf dem Gasmarkt und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei angemessenen Preisen vor. Die für Energie zuständige Kommissarin, Kadri Simson, kündigte ein rasches Handeln zur Sicherung der Energieversorgung und finanziellen Entlastung der Bevölkerung und der Unternehmen an. Der Legislativvorschlag der Kommission beinhaltet eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ihre Gasspeicher bis zum 01.11.2022 auf mindestens 80% der Gesamtkapazität auf zu füllen. Zur Gewährleistung einer bestmöglichen Gasversorgung, solle die Menge in den folgenden Jahren auf 90% gesteigert werden. Außerdem nahm die Kommission eine Mitteilung über Optionen für Markteingriffe auf europäischer und nationaler Ebene an, um auf die steigenden Energiepreise reagieren zu können. Abschließend erklärte sie sich bereit, eine Taskforce für gemeinsame Gaskäufe auf EU-Ebene zu schaffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1936

Digital

Kommission; Display-Werbung: Untersuchung gegen Google und Meta

Die Kommission hat am 11.03.2022 ein förmliches Kartellverfahren gegen Google und Meta (Facebook) eingeleitet. Sie prüft, ob eine Vereinbarung beider Unternehmen in Bezug auf Display-Werbung gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften verstößt. Display-Werbung wird genutzt, um die Bereitstellung von Online-Inhalten für Verbraucher zu finanzieren. Die Untersuchung bezieht sich auf eine von Google und Meta im September 2018 geschlossene Vereinbarung mit dem Code-Namen „Jedi Blue“, die die Teilnahme des „Audience Network“ von Meta an den Auktionen des Google-Dienstes „Open Bidding“ betrifft. Die Kommission befürchtet, dass die Vereinbarung Bestandteil umfassenderer Bemühungen sein könnte, Werbetechnologiedienste (sog. „Ad Tech Services“), die mit dem Google-Dienst „Open Bidding“ im Wettbewerb stehen, auszuschließen und damit den Wettbewerb auf den Märkten für Display-Werbung zum Nachteil der Publisher und letztlich der Verbraucherinnen und Verbraucher einzuschränken oder zu verfälschen. Diese Verhaltensweisen könnten gegen die EU-Vorschriften über wettbewerbswidrige Vereinbarungen zwischen Unternehmen (Art. 101 AEUV) und/oder die EU-Vorschriften über den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV) verstoßen.

<https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>

EP; KI-Sonderausschuss verabschiedet Bericht

Der EP-Sonderausschuss zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA) hat am 22.03.2022 seinen Bericht mit deutlicher Mehrheit (25:2:6) angenommen. Über 1.300 Änderungsanträge waren zu dem Berichtsentwurf von MdEP Axel Voss (EVP/DEU) gestellt worden. Der Ausschuss empfiehlt, die öffentliche Debatte über den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) auf das enorme Potenzial dieser Technologie zu konzentrieren. Er warnt davor, dass die EU im globalen Wettlauf um die Technologieführerschaft ins Hintertreffen geraten ist und sieht die Gefahr, dass Standards in Zukunft anderswo entwickelt werden, oft von nicht-demokratischen Akteuren. Die EU müsse selbst als globaler Standardsetzer im Bereich KI agieren. Der Bericht geht ferner auf die politischen Optionen ein, die das Potenzial von KI in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Klimawandel freisetzen könnten. Der Ausschuss zeigt sich davon überzeugt, dass KI, wenn sie mit der notwendigen Infrastruktur, Bildung und Ausbildung kombiniert wird, die Kapital- und Arbeitsproduktivität, Innovationen, das nachhaltige Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen

steigern könne. Er fordert, KI im Verhältnis zur Art des Risikos, das sie bietet, zu regulieren. Der Bericht verweist aber auch darauf, dass KI-Technologien ethische und rechtliche Fragen aufwerfen, und ein Konsens über Mindeststandards für den verantwortungsvollen Einsatz von KI erzielt werden müsse. Auch auf Bedenken hinsichtlich der militärischen Forschung und der Entwicklung von tödlichen autonomen Waffensystemen wird eingegangen. Gefahren ergeben sich ferner durch Massenüberwachung und die Erstellung von Profilen von Menschen, so der Bericht.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/aida-vote-in-committee/product-details/20220302CAN65057>

EuGH; Speichermedienvergütung bei Cloud-Computing

Der EuGH hat mit Urteil vom 24.03.2022 in der Rechtssache C-433/20 entschieden, dass die sog. „Privatkopie-Ausnahme“ der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG auf die Speicherung eines zu privaten Zwecken erstellten Kopie eines geschützten Werkes in einer Cloud anwendbar ist. Die Mitgliedstaaten sind jedoch nicht verpflichtet, die Anbieter von Dienstleistungen der Speicherung im Rahmen des Cloud-Computing zur Zahlung eines gerechten Ausgleichs im Sinne dieser Ausnahme heranzuziehen, sofern der zugunsten der Rechtsinhaber zu leistende gerechte Ausgleich anderweitig geregelt ist. Der EuGH folgt damit den Schlussanträgen vom 23.09.2021 (vgl. BaB 18/2021). In dem Ausgangsrechtsstreit verlangt eine Rechteverwertungsgesellschaft in AUT von einem Unternehmen in DEU, das unter der Bezeichnung „HiDrive“ Cloud-Speicherplatz anbietet, Rechnungslegung und Zahlung einer Speichermedienvergütung nach dem AUT-Urheberrechtsgesetz. Dies wird damit begründet, dass der darin verwendete Begriff „Speichermedien jeder Art“ nicht nur Computerfestplatten, sondern auch das Zurverfügungstellen von Speicherplatz in einer Cloud erfasse.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-433/20>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschungsrat; ERC; Ergebnisse der ERC-Ausschreibung

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 17.03.2022 die Ergebnisse der jüngsten Ausschreibungsrunde veröffentlicht. Der ERC ist Bestandteil des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. In der ersten Runde der Consolidator Grants unter Horizont Europa werden insgesamt 313 Projekte von der EU gefördert. Die Erfolgsquote des stark nachgefragten Förderprogramms liegt damit bei 11,8%. Insgesamt gehen 61 ERC Consolidator Grants an deutsche Einrichtungen. Vier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hessen erhalten hoch dotierte Auszeichnungen des ERC: Prof. Constantin A. Rothkopf, Professor für Psychologie der Informationsverarbeitung an der TU Darmstadt, und Prof. Dr. Tobias Berg, Professor für Finance an der Frankfurt School of Finance & Management, erhalten je einen ERC Consolidator Grant. Die Auszeichnung ist mit bis zu 2 Mio. EUR ausgestattet und wird an exzellente Forschende vergeben, deren Arbeitsgruppe sich in der Konsolidierungsphase befindet. Jüngst wurden zudem zwei hessische Projekte in die Förderung durch ERC Starting Grants aufgenommen. Geleitet werden sie von Dr.-Ing. Michael Muma, TU Darmstadt, und Dr. Teresa Gatti, Justus Liebig Universität Gießen. ERC Starting Grants unterstützen vielversprechende Forschende am Beginn ihrer Forschungskarriere mit je 1,5 Mio. EUR.

<https://erc.europa.eu/news/erc-2021-consolidator-grants-results>

Kommission; Forschungsrat; Forschung; Ausschuss; Nominierung

Der von der Kommission im Jahr 2020 eingesetzte unabhängige ständige Findungsausschuss des Europäischen Forschungsrats (ERC) hat am 11.03.2022 mit der Suche nach neuen Kandidatinnen und Kandidaten für den Wissenschaftlichen Rat des ERC begonnen. Der ERC ist Bestandteil der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und fördert Grundlagenforschung. Der Wissenschaftliche Rat des ERC ist das unabhängige Leitungsgremium des ERC und legt die Strategie sowie die Methoden der wissenschaftlichen Förderung des ERC fest. Er setzt sich aus 22 Mitgliedern zusammen, welche die Forschungsgemeinschaft in Europa vertreten. Die Kommission ernennt die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates auf Empfehlung des Findungsausschusses. Die Mitglieder werden für eine vierjährige Amtszeit ernannt, die einmal verlängert werden kann. Nominierungen werden bis zum 06.05.2022 entgegengenommen.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-seeks-candidates-erc-scientific-council-2022-mar-11_en

Kommission; Forschung; Ukraine; Plattform ERA4Ukraine;

Die Kommission hat am 22.03.2022 das neue Online-Portal „European Research Area for Ukraine“ (ERA4Ukraine) freigeschaltet. Das Portal soll künftig zentrale Anlaufstelle für Informationen und Unterstützungsdienste für in der Ukraine ansässige und aus der Ukraine geflüchtete Forschende werden. Das Portal informiert zu forschungsrelevanten Initiativen auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene sowie von Nichtregierungsorganisationen. Es soll betroffenen Forschern dabei helfen, eine Wohnung und einen Arbeitsplatz zu finden, die Anerkennung ihrer Diplome erleichtern und ihnen die Möglichkeit geben, sich über Dienstleistungen zu informieren. Das ERA4Ukraine-Portal wird im Rahmen des bestehenden EURAXESS-Netzwerks eingerichtet, das Forschende unterstützt, indem es 600 Zentren und 43 nationale Portale in den Mitgliedstaaten und den mit Horizont Europa assoziierten Ländern miteinander verbindet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_1942

Kommission; Forschung; Innovation; Transitions Performance Index;

Die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission hat am 14.03.2022 die zweite Ausgabe des „Transitions Performance Index“ (TPI) veröffentlicht. Im TPI werden die Mitgliedstaaten (MS) und 45 weitere Länder, die insgesamt 76% der Weltbevölkerung repräsentieren, nach ihrer Leistung zwischen 2011 und 2020 bewertet. Der Bericht zeigt sowohl die Gesamtleistung als auch die Leistung in vier spezifischen Übergangsbereichen – Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Governance. Demnach haben alle MS, abgesehen von HUN, ihre Leistungen seit 2011 beim Übergang zu einer gerechten und wohlhabenden Nachhaltigkeit weltweit verbessert, wobei DNK und IRL führend sind. Der Index bestätigt, dass fast alle MS in den letzten zehn Jahren gute Fortschritte bei der Bewältigung der Übergänge gemacht haben, mit einer durchschnittlichen Rate von 4,9%, verglichen mit der weltweiten Durchschnittsrate von 4,3%.

https://ec.europa.eu/info/news/new-transitions-performance-index-2021-eu-shows-strong-performance-its-transition-towards-sustainability-2022-mar-14_en

Kommission; MSCA; Förderung; Ausschreibung; Postdoktoranden

Die Kommission hat am 23.03.2022 bekanntgegeben, dass sie im Rahmen der Ausschreibung der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) insgesamt 1156 erfahrene Postdoktorandinnen und -doktoranden mit 242 Mio. EUR unterstützen wird. Die MSCA-Maßnahmen stellen eine wichtige Förderung der Mobilität von Forschenden im Rahmenprogramm Horizont Europa dar und sind in der ersten Säule

des Programms fest verankert. Die Begünstigten erhalten mit den Stipendien die Möglichkeit, an Hochschulen, Forschungszentren, privaten Organisationen und Unternehmen zu forschen. Für diese Aufforderung gingen bei der Kommission 8356 Bewerbungen ein. Es werden 206 Mio. EUR an 1025 Forschende in Form von europäischen Postdoktorandenstipendien vergeben, damit diese ihre Projekte in der EU oder in mit Horizont Europa assoziierten Ländern durchführen können. Die restlichen 36 Mio. EUR sind für globale Postdoktorandenstipendien vorgesehen, die es 131 Forschenden ermöglichen, außerhalb der EU oder der mit Horizont Europa assoziierten Länder zu forschen, vor allem in den USA, China, Kanada und Australien. Die ausgewählten Projekte stammen aus unterschiedlichsten Bereichen, wie u.a. aus den Sozial- und Geisteswissenschaften, aber auch der Biowissenschaften und Chemie.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-awards-eu242m-to-the-2021-postdoctoral-fellowships-applicants>

Finanzdienstleistungen

EuGH; Pressefreiheit kann Weitergabe von Insiderinformationen schützen

Der EuGH hat am 15.03.2022 in der Rechtssache C 302/20 (Autorité des marchés financiers) im Vorlageverfahren darüber geurteilt, inwieweit die Weitergabe von Insiderinformationen durch einen Journalisten von der Pressefreiheit gedeckt ist. Dies sei dann der Fall, wenn sie für die Ausübung seines Berufes erforderlich sei und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werde. Dabei sei im Einzelfall die Integrität der Finanzmärkte und die Pressefreiheit des Veröffentlichenden abzuwägen. Von der Pressefreiheit würden in diesem Kontext nicht nur das Veröffentlichen von Informationen, sondern auch Handlungen im Vorfeld einer Veröffentlichung erfasst, wenn diese der normalen Ausübung des journalistischen Berufes dienen. Die Information, dass in Kürze ein Artikel erscheinen werde, in dem ein Gerücht über einen Wertpapieremittenten aufgegriffen werde, könne eine verbotene Insiderinformation sein. Dafür müsse sie präzise sein. Für die Beurteilung sei u.a. relevant, ob der avisierte Preis der Aktien, der Name des Journalisten und das veröffentlichende Presseorgan konkret bezeichnet werden. Der nachträgliche Einfluss dieser Veröffentlichung auf den Kurs der Wertpapiere, auf den sie sich bezieht, könne ein Indiz darstellen, genüge aber für sich genommen nicht als Nachweis für die Präzision der Information.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=255862&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6952391>

Kommission; Wertpapierabwicklung soll sicherer und effizienter werden

Die Kommission hat am 16.03.2022 Änderungen an der Zentralverwahrer-Verordnung vorgeschlagen. Ziel ist es, die EU-Abwicklungsmärkte effizienter zu machen und gleichzeitig die Finanzstabilität zu bewahren. Der Vorschlag ist zentraler Bestandteil des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion aus dem Jahr 2020. Dadurch sollen die EU-Kapitalmärkte attraktiver werden, was letztlich bessere Finanzierungsmöglichkeiten für die Wirtschaft bedeutet. Angesichts der immensen Summen, die über Zentralverwahrer abgewickelt werden, sei es unverzichtbar, dass diese ihre Funktion für unser Finanzsystem gut erfüllen. Mit dem Vorschlag werden die Regeln verhältnismäßiger und wirksamer gestaltet, um Zentralverwahrer von Befolgungskosten und Regularien zu entlasten. Außerdem sollten Zentralverwahrer mehr Dienstleistungen über Grenzen hinweg anbieten können und grenzüberschreitend besser beaufsichtigt werden.

https://ec.europa.eu/finance/docs/law/220316-csdr-review-proposal_en.pdf

Kommission; Konsultation zu Krisenvorschriften für Banken

Die Kommission hat am 17.03.2022 eine breite öffentliche Konsultation zu den geltenden Beihilfenvorschriften für Banken in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gestartet. Sie richtet sich an alle interessierten Parteien sowie Einzelpersonen und Forschungseinrichtungen. Zudem hat die Kommission eine gezielte Konsultation eingeleitet, um insbesondere von Finanzinstituten und den mitgliedstaatlichen Behörden Rückmeldungen einzuholen. Beide Konsultationen laufen bis zum 09.06.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/staatliche-beihilfen-kommission-startet-konsultation-uber-krisenvorschriften-fur-banken-2022-03-17_de

EBA; ESMA; EIOPA; Warnung vor Krypto-Währungen

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) warnen in einer Mitteilung vom 17.03.2022 die Verbraucherinnen und Verbraucher, dass viele Krypto-Währungen hoch riskant und spekulativ seien. Diese Warnung erfolge vor dem Hintergrund der zunehmenden Aktivität und des Interesses der Verbraucherinnen und Verbraucher an Krypto-Währungen und der aggressiven Werbung für diese. In ihrer Warnung heben die ESA hervor, dass diese Vermögenswerte für die meisten Kleinverbraucherinnen und Kleinverbraucher weder als Anlage noch als Zahlungs- oder Tauschmittel geeignet seien. Es bestünde die Möglichkeit, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihr gesamtes investiertes Geld beim Investment in Krypto-Währungen verlören. Besonders wird vor irreführender Werbung über soziale Medien und durch Influencer gewarnt. Dabei sollten Verbraucherinnen und Verbraucher besonders vorsichtig sein, wenn schnelle und hohe Renditen versprochen werden. Die Möglichkeiten, bei einem Verlust Regress zu fordern, seien ebenfalls sehr eingeschränkt. Krypto-Währungen und damit zusammenhängende Produkte und Dienstleistungen würden nämlich derzeit nur eingeschränkt von den EU-Finanzdienstleistungsvorschriften gedeckt.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/eu-financial-regulators-warn-consumers-risks-crypto-assets>

F i n a n z e n

Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN

Am 14.03.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in Brüssel. Im Vordergrund des Treffens standen die Geschehnisse des Ukraine-Kriegs. Des Weiteren diskutierten die Ministerinnen und Minister über die Leitlinien für die Haushaltspolitik im Jahr 2023 und den 13. Nachprogrammbericht zu GRI im Rahmen der verstärkten Überwachung. Auf der Tagesordnung der EUR-Gruppe im inklusiven Format (alle Mitgliedstaaten) standen die Vollendung der Bankenunion und die Vorbereitung des EUR-Gipfels. Am 15.03.2022 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der französischen Ratspräsidentschaft in Brüssel. Dabei ging es zunächst um die Auswirkungen und die Entwicklungen der Sanktionen gegen Russland. Des Weiteren diskutierten die Ministerinnen und Minister im Rahmen der Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik den von der Kommission vorgeschlagenen befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des Ukrainekriegs und die haushaltspolitischen Leitlinien für 2023. Zudem einigten sich die Minister mit großer Mehrheit auf eine sog. Allgemeine

Ausrichtung zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und diskutierten zur globalen Mindestbesteuerung von Unternehmen.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2022/03/15/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council

Rat; Einvernehmen über das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM)

Der Rat hat am 15.03.2022 eine Einigung über die Verordnung zum CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) erzielt, die eines der Schlüsselemente des Pakets "Fit for 55" der EU darstellt. Das Hauptziel dieser Umweltmaßnahme besteht darin, die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu vermeiden. Zu diesem Zweck zielt das CBAM auf die Einfuhr kohlenstoffintensiver Produkte ab. Dadurch soll verhindert werden, dass die Bemühungen der EU zur Verringerung der Treibhausgasemissionen durch die Einfuhr von Produkten kompensiert werden, die in Nicht-EU-Ländern mit geringeren Klimaschutzstandards hergestellt werden. Sie wird auch dazu beitragen, die Verlagerung der Produktion oder die Einfuhr von kohlenstoffintensiven Produkten zu verhindern. Die Produkte der folgenden Sektoren werden vom CBAM erfasst: Zement, Aluminium, Düngemittel, Strom, Eisen und Stahl. Das CBAM soll parallel zum EU-Emissionshandelssystem funktionieren, um dessen Funktionsweise für importierte Waren zu spiegeln und zu ergänzen. Es wird schrittweise die bestehenden Mechanismen der EU ersetzen, insbesondere die Zuteilung von kostenlosen Zertifikaten des EU-Emissionshandelssystems. Im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission hat sich der Rat für eine stärkere Zentralisierung der CBAM-Verwaltung entschieden, wo dies sinnvoll ist und zu mehr Effizienz beiträgt. So soll beispielsweise das neue Register der CBAM-Anmelder auf EU-Ebene zentralisiert werden. Der Rat sieht auch eine Mindestschwelle vor, die Sendungen mit einem Wert von weniger als 150 EUR von den CBAM-Verpflichtungen ausnimmt, da diese einen vernachlässigbaren Teil der Gesamtemissionen ausmachen.

[https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/15/carbon-border-adjustment-mechanism-cbam-council-agrees-its-negotiating-mandate/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+agrees+on+the+Carbon+Border+Adjustment+Mechanism+\(CBAM\)](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/15/carbon-border-adjustment-mechanism-cbam-council-agrees-its-negotiating-mandate/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+agrees+on+the+Carbon+Border+Adjustment+Mechanism+(CBAM))

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 5,9% gestiegen

Am 17.03.2022 veröffentlichte das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Februar 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 5,9% gegenüber 5,1% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,9% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Februar bei 6,2% gegenüber 5,6% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA, FRA (4,2%), PTL, FIN und SWE (4,4%) gemessen, die höchsten in LIT (14,0%), EST (11,6%) und CZR (10,0%). Im Februar kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+3,12 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+1,02 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+1,04 Prozentpunkte), Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,90 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+0,81 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Februar 5,5%, die in BEL 9,5%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14358239/2-17032022-AP-DE.pdf/8aa046cb-b06e-9889-6631-3d32c9da0ba2>

EuGH; Verwendung des geschützten Begriffs „Feta“

Am 17.03.2022 legte Generalanwältin Čapeta ihre Schlussanträge zur Rechtssache C-159/20 zur Verwendung des geschützten Begriffs „Feta“ vor. Nach ihrer Auffassung von hat DNK dadurch, dass es unterlassen hat, die Verwendung des eingetragenen Namens „Feta“ für Käse, der zur Ausfuhr in Drittstaaten bestimmt ist, zu beenden, gegen seine Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstoßen. Feta wurde im Jahr 2002 als geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) eingetragen. Seitdem darf die Bezeichnung „Feta“ nur für Käse verwendet werden, dessen Ursprung in dem bestimmten geografischen Gebiet in GRI liegt und der der einschlägigen Produktspezifikation entspricht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-03/cp220047de.pdf>

EuGH; Urteil zur Kennzeichnung von Vitaminzusätzen in Lebensmitteln

In seinem Urteil vom 24.03.2022 in der Rechtssache C-533/20 kam der EuGH zum Ergebnis, dass im Zutatenverzeichnis eines Lebensmittels, das ein Vitamin enthält, nicht zwingend die speziell verwendete Vitaminverbindung angegeben werden muss. Das ungarische Unternehmen Upfield vertreibt in HUN die Margarine „Flóra ProActiv“, der die Vitamine A und D zugesetzt sind. Im Zutatenverzeichnis ist daher „Vitamine A, D“ angegeben. Im Ausgangsverfahren hatte die zuständige Verbraucherschutzbehörde vorgebracht, diese Angaben seien unzureichend, vielmehr seien die konkret verwendeten Vitaminverbindungen anzugeben. Dies hat der EuGH mit seinem Urteil verneint.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-03/cp220051de.pdf>

EuGH; Haftung bei psychischer Beeinträchtigung durch Evakuierung

Generalanwalt Jean Richard de la Tour hat am 24.03.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-111/21 zu der Frage vorgelegt, ob eine Fluglinie nach dem Übereinkommen von Montreal auch für eine Beeinträchtigung der psychischen Unversehrtheit haften kann, die der Fluggast wegen eines Unfalls an Bord oder während des Ein- oder Aussteigens erlitten hat. Eine Reisende gab an, als Folge der Bergung aus einem Flugzeug, bei dem beim Start ein Triebwerk explodiert war, unter psychischen Beeinträchtigungen mit Krankheitswert zu leiden. Bei der Evakuierung war sie über den Notausstieg am rechten Flügel ausgestiegen. Da das rechte Triebwerk jedoch noch in Bewegung war, wurde sie mehrere Meter durch die Luft geschleudert. In seinen Schlussanträgen schlägt Generalanwalt Richard de la Tour dem EuGH vor, dem Obersten Gerichtshof zu antworten, dass der Begriff „körperlich verletzt“ unabhängig vom Vorliegen einer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit eines Reisenden eine infolge eines Unfalls erlittene Beeinträchtigung seiner psychischen Unversehrtheit umfasst, wenn sie durch ein ärztliches Gutachten festgestellt wird und eine medizinische Behandlung erfordert.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-111/21>

HaDEA; Neuer Mehrfach-Rahmenvertrag zur Bewertung europäischer Referenznetze und Gesundheitsdienstleister

Am 22.03.2022 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) im Rahmen des EU4Health-Programms einen Mehrfach-Rahmenvertrag für die Durchführung unabhängiger Bewertungen und Evaluierungen von europäischen Referenznetzen (ERN) und von Gesundheitsdienstleistern (HCPs). Die unabhängigen Bewertungen werden von Wirtschaftsteilnehmerinnen und Wirtschaftsteilnehmern durchgeführt. Bis zum 03.06.2022 besteht für alle interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich für das

Programm zu bewerben. Im Rahmen des Vertrags steht ein Gesamtbudget von 10 Mio. EUR zur Verfügung und der Vertrag ist auf eine Dauer vom 48 Monaten ausgelegt https://hadea.ec.europa.eu/news/new-multiple-framework-contract-performance-evaluations-european-reference-networks-and-healthcare-2022-03-21_en

EU-OSHA; Strategien und Verfahren zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz bei plattformbasierter Arbeit

Am 18.03.2022 präsentierte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) ihren Bericht zu Strategien und Verfahren zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz bei plattformbasierter Arbeit. Der Bericht enthält die wichtigsten Erkenntnisse zu u.a. Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz sowie zu Chancen für Plattformbeschäftigte.

<https://osha.europa.eu/de/publications/summary-digital-platform-work-and-occupational-safety-and-health-overview-regulation-policies-practices-and-research>

EU-OSHA; Aufruf zu Beiträgen für den Filmpreis „Gesunde Arbeitsplätze“ 2022

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) ruft seit dem 14.03.2022 gemeinsam mit dem Dokumentarfilmfestival Doclisboa dazu auf, Bewerbungen für den Filmpreis „Gesunde Arbeitsplätze“ 2022 einzureichen. Die Bewerbungen können bis zum 31.05.2022 eingereicht werden. Die Preisverleihung für den besten Dokumentarfilm mit Arbeitsbezug wird im Rahmen des Festivals vom 06.10.2022 bis zum 16.10.2022 verliehen.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/calling-entries-healthy-workplaces-film-award-2022>

U m w e l t

Rat; Mitgliedstaaten vereinbaren Verringerung persistenter organischer Schadstoffe in Abfällen

Die Umweltministerinnen und -minister billigten am 11.03.2022 die allgemeine Ausrichtung des Rates zur weiteren Minderung persistenter organischer Schadstoffe (POP) in Abfällen. Auf dieser Grundlage können nun Verhandlungen mit dem EP aufgenommen werden. Die Änderungen der POP-Verordnung beziehen sich darauf, dass drei neue Stoffe in die Liste der Stoffe aufgenommen werden, für die Beschränkungen in Abfällen gelten. Dazu zählen Perfluorooctansäure (PFOA) und ihre Salze sowie verwandte Verbindungen, Dicofol und Pentachlorphenol sowie dessen Salze und Ester. Eine weitere Änderung ist die Verschärfung der Grenzwerte für Dioxine und Furane (PCDD/PCDF). Diese Stoffe werden nicht absichtlich erzeugt oder zugesetzt, sondern sind als Verunreinigungen in bestimmten Aschen vorhanden. Mit der Verordnung sollen die EU-Rechtsvorschriften mit ihren internationalen Verpflichtungen, insbesondere im Rahmen des Stockholmer Übereinkommens über POP, in Einklang gebracht werden.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/member-states-agree-to-reduce-persistent-organic-pollutants-in-waste/>

Rat; Ergebnisse der Sitzung des Umweltrats

Während der Sitzung des Umweltrates am 17.03.2022 tauschten sich die Ministerinnen und Minister zunächst über verschiedene Dossiers des „Fit for 55“ Pakets aus. Hier wurde insbesondere das von der Kommission vorgeschlagene Emissionshandelssystem für den Straßenverkehrs- und Gebäudesektor diskutiert. Dabei lag ein besonderer Fokus auf der Frage, wie ein solches System sozial gerecht

gestaltet werden kann. Darüber hinaus einigten sich Ministerinnen und Minister auf eine allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Batterien. Ziel der Überarbeitung ist es, die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Batterien in allen Phasen ihres Lebenszyklus verringern. Der Rat einigte sich darauf, Elemente des Vorschlags beizubehalten und zu stärken. Konkret will man den Batterienpass, die Beschränkung gefährlicher Stoffe, einen CO₂-Fußabdruck sowie die erweiterte Herstellerverantwortung und die Verpflichtung zur Verwendung von recycelten Materialien bei der Herstellung neuer Batterien beibehalten. Außerdem soll der Geltungsbereich ausgeweitet werden und Sammelziele für Batterien leichter Verkehrsmittel wie e-Bikes festgelegt werden. Die Ministerinnen und Minister sprachen zudem über den Kommissionsvorschlag bzgl. entwaldungsfreier Lieferketten. Hier sollen für Händler bestimmter Produkte, die besonders mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, Sorgfaltspflichten für die gesamte Lieferkette auferlegt werden. Bei dem Austausch über die Ökologisierung des Europäischen Semesters erörterten die Ministerinnen und Minister, wie die Herausforderungen des grünen Wandels im Rahmen eines Europäischen Semester besser integriert werden können.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/env/2022/03/17/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Environment+Council

Kommission; Sondierung zur Straffung wissenschaftlicher Bewertungen von Chemikalien

Am 15.03.2022 eröffnete die Kommission eine Sondierung über die wissenschaftliche Bewertung von Chemikalien. Mit dem europäischen Grünen Deal soll für Stoffsicherheitsbeurteilungen ein Verfahren nach dem Grundsatz „Ein Stoff, eine Bewertung“ eingeführt werden. Mit dieser Initiative soll eine Vereinfachung der derzeitigen Beurteilungsmodalitäten und eine Verbesserung der Qualität und Kohärenz der Sicherheitsbeurteilungen in allen Rechtsvorschriften erreicht werden. Außerdem zielt sie auf die Gewährleistung einer effizienten Nutzung der Ressourcen ab. Rückmeldungen sind bis zum 12.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13161-Chemikalien-bestmoegliche-Nutzung-der-EU-Agenturen-zur-Straffung-wissenschaftlicher-Bewertungen_de

Kommission; Bewertung des LIFE-Programms (2014-2020)

Am 16.03.2022 eröffnete die Kommission Sondierungen zur Bewertung des LIFE-Programms in den Jahren 2014-2020. Aus dem LIFE-Programm werden Umwelt- und Klimaschutzprojekte in der EU kofinanziert. Im Rahmen der Bewertung soll berücksichtigt werden, ob das Programm wie vorgesehen funktioniert und in welchem Umfang die Programmziele erreicht wurden. Obwohl die meisten im Rahmen von LIFE finanzierten Maßnahmen noch laufen, soll diese Bewertung einen Einblick in die ersten Auswirkungen und den Mehrwert des Programms für die beteiligten Gemeinschaften geben. Rückmeldungen sind bis zum 13.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13279-Umweltschutz-LIFE-Programm-2014-2020-Bewertung_de

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Analysemethoden von Olivenöl

Am 11.03.2022 startete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Aktualisierung der Analysemethoden von Olivenöl. In

der EU erzeugtes oder verkauftes Olivenöl wird in verschiedene Kategorien unterteilt. Mittels dieser Kategorisierung können die Erzeuger von der EU unter anderem Unterstützung erhalten. Dabei erfolgt die Einstufung entsprechend den chemischen Merkmalen und dem Geschmack der Öle, wie sie in der Verordnung (EWG) Nr. 2568/91 festgelegt sind. Mit dieser Initiative sollen die Methoden zur Bestimmung dieser Eigenschaften auf Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse aktualisiert werden. Rückmeldungen sind bis zum 08.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11854-Olivenol-Aktualisierung-der-Analysemethoden_de

Kommission; Konsultation zu Änderungen bei den Vermarktungsnormen von Olivenöl

Am 11.03.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung der Vermarktungsnormen von Olivenöl. Die geltenden EU-Rechtsvorschriften für Vermarktungsnormen von Olivenöl sollen mit dieser Initiative im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon eingebracht werden. Dabei sollen überholte Vorschriften gestrichen und andere präzisiert werden. Rückmeldungen sind bis zum 08.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12821-Olivenol-Anderungen-bei-den-Vermarktungsnormen_de

Kommission; Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative „Pelzfreies Europa“

Am 16.03.2022 beschloss die Kommission, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Fur Free Europe“ (Pelzfreies Europa) zu registrieren. Die EBI zielt darauf ab, ein EU-weites Verbot der Haltung und Tötung von Tieren zum Zwecke der Pelzgewinnung zu erreichen. Außerdem soll der Verkauf solcher Pelze und von Produkten, die solche Pelze enthalten, in der EU verboten werden. Mit ihrem Registrierungsbeschluss hat die Kommission festgestellt, dass die EBI die formalen Voraussetzungen erfüllt. Eine materielle Prüfung des Anliegens der EBI ist damit nicht verbunden. Nach der Registrierung können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Wenn eine EBI innerhalb eines Jahres 1 Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben versch. Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission reagieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1753

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber

Am 17.03.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber. Die Initiative war seinerzeit eine erste Reaktion auf den starken Rückgang von Bestäuberinsekten in Europa. Nun sei es notwendig die Bemühungen zu verstärken, weshalb die Kommission die Einführung weiterer unterstützender Instrumente und Maßnahmen plant. Außerdem werde die Initiative dazu beitragen, das Ziel des europäischen Grünen Deals zu erreichen, den Rückgang von Bestäubern bis 2030 umzukehren und sicherzustellen, dass diese auch weiterhin wesentliche Nutzen für Mensch und Natur erbringen können. Rückmeldungen sind bis zum 09.06.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13142-Überarbeitung-der-EU-Initiative-fur-Bestauber_de

Rat; Tagung des Landwirtschafts- und Fischereirates

Bei der Tagung des Rats für Landwirtschaft und Fischerei am 21.03.2022 standen Fragen der Versorgungssicherheit und der Marktlage angesichts des Kriegs in der Ukraine im Mittelpunkt. Der ukrainische Landwirtschaftsminister Roman Leshchenko

berichtete per Video über die Lage in der Ukraine. Anschließend tauschten sich die Ministerinnen und Minister über die Marktlage der Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse und die Lage des EU-Agrarsektors nach der russischen Invasion aus. Dabei haben sie nicht nur über die Verbesserung der Ernährungssicherheit und Nahrungsmittelsouveränität der EU beraten, sondern auch über die Lage von Nicht-EU-Ländern. Im Anschluss an die Ministertagung kündigte EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski die Aktivierung des Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit sowie der hochrangigen Gruppe für den Schweinefleischsektor an. Weiterhin seien Sondermaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation (GMO) in Betracht zu ziehen, um die vom Anstieg der Herstellungskosten am meisten betroffenen Sektoren zu unterstützen. Zudem seien Maßnahmen zu erwägen, mit denen EU-Produktionskapazitäten in diesem Jahr gewährleistet und gesteigert werden können, bspw. durch Nutzung von Brachland für Eiweißpflanzen. Dazu wurde am 23.03.2022 eine außergewöhnliche und befristete Ausnahmeregelung erlassen. Ein weiteres Thema waren die nationalen GAP-Strategiepläne. Die Kommission berichtete über den Stand ihrer Bewertung der Pläne und betonte, dass bei allen der 19 fristgerecht eingereichten Strategiepläne noch Anpassung vorgenommen werden müssten. In der anschließenden Aussprache betonten viele Mitgliedsstaaten (MS) die Notwendigkeit einer raschen Genehmigung der Pläne, um Landwirten ausreichend Zeit zur Vorbereitung der nächsten Saison zu gewähren. Einige MS forderten Flexibilität bei der Anpassung der Pläne, damit die Ernährungssicherheit trotz des Krieges in der Ukraine gewährleistet werden kann. Weiterhin standen die angewandten Kriterien und die Transparenz der Verfahren im Mittelpunkt.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/schlussfolgerungen-der-tagung-des-rates-landwirtschaft-und-fischerei-21-marz-2022-council/>

Kommission; Weitere Maßnahmen zur Gewährleistung von Ernährungssicherheit angekündigt

Am 23.03.2022 veröffentlichte die Kommission angesichts der steigenden Nahrungsmittelpreise und Kosten für Betriebsmittel wie Energie und Düngemittel eine Reihe von kurz- und langfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der weltweiten Ernährungssicherheit und zur Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU. Die ohnehin angespannte Preisentwicklung sei durch die Invasion Russlands in der Ukraine weiter verschärft worden. Mit Blick auf die Ukraine erklärte die Kommission, diese bei der Entwicklung und Umsetzung einer kurz- und mittelfristigen Ernährungssicherheitsstrategie unterstützen zu wollen. So wolle man Betriebs- und Lebensmittelversorgungsketten intakt halten. Konkret will sie die Ukraine mit einem EU-Soforthilfeprogramm in Höhe von 330 Mio. EUR unterstützen. Durch die Finanzmittel soll der Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen sichergestellt werden und der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden. Darüber hinaus kündigte die Kommission die regelmäßige Beobachtung und Analyse der Nahrungsmittelpreise und der Situation bzgl. der Ernährungsunsicherheit an. Zugleich wird sich die EU weiterhin nachdrücklich für die Vermeidung von Ausfuhrbeschränkungen und -verboten für Lebensmittel und für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt einsetzen. Um die steigenden Lebensmittelpreise unter Kontrolle zu halten, können Mitgliedsstaaten (MS) ermäßigte Mehrwertsteuersätze erlassen und Wirtschaftsbeteiligte dazu veranlassen, den Anstieg für Verbraucherpreise möglichst gering zu halten. Außerdem können sie EU-Mittel beispielsweise aus dem Europäischen Hilfsfond für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) in Anspruch nehmen. Die Kommission hat zur Unterstützung des EU-Agrarsektors weitere Maßnahmen, wie ein Hilfspaket von 500 Mio. EUR, höhere Vorschüsse für Direktzahlungen, Maßnahmen zur

Marktstützung für den Schweinefleischsektor und eine vorübergehende Flexibilität bei bestehenden Einfuhrvorschriften für Futtermittel beschlossen. Zudem hat die Kommission eine außergewöhnliche und befristete Ausnahmeregelung erlassen, um die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen auf ökologischen Vorrangflächen zuzulassen. Mit dieser Regelung wird die Produktionskapazität der EU trotz der begrenzten Verfügbarkeit fruchtbarer Flächen erhöht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1963

Kommission; Unterstützung für weltweites Handeln zur Umgestaltung der Lebensmittelsysteme

Die Kommission verkündete am 23.03.2022, dass sie aufgrund der schwierigen Ernährungslage und der hohen Lebensmittelpreise nach zwei Jahren COVID-19-Pandemie sowie angesichts der Folgen der russischen Invasion in der Ukraine ihre Unterstützung für die Umgestaltung der Lebensmittelsysteme verstärken wolle, indem sie sich aktiv an acht globalen Aktionsbündnissen beteiligt. Diese Bündnisse würden die Partnerländer bei ihren Bemühungen zur Umgestaltung der Lebensmittelsysteme unterstützen und dazu beitragen, die Agenda der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ auf internationaler Ebene umzusetzen. Die Ankündigung der Kommission ist Folge des UN-Weltgipfels zu Ernährungssystemen vom 23./24.09.2021. Auf dem Gipfel stand die Notwendigkeit, die Lebensmittelsysteme umzugestalten und nachhaltiger zu machen und zugleich gesunde, nahrhafte und erschwingliche Lebensmittel bereitzustellen, ganz oben auf der globalen Agenda.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1971

J u s t i z

EuGH-Urteile; Verbot der Doppelbestrafung im Wirtschaftsrecht

Der EuGH hat am 22.03.2021 in den Rechtssachen C-117/20 (bpost) und C-151/20 (Nordzucker) den Schutz konkretisiert, den das Unionsrecht im Wettbewerbs- und Regulierungsrecht gegen die doppelte Strafverfolgung bietet. Die Urteile zeigen auf, dass wirtschaftsrechtswidrig handelnde Unternehmen mit einer Kumulierung von Sanktionen durch Wettbewerbsbehörden und Regulierungsbehörden rechnen müssen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-151/20>

EuGH-Urteil; richterliche Unabhängigkeit in POL

Der EuGH hat am 22.03.2022 in der Rechtssache C-508/19 (Prokurator Generalny) das Vorabentscheidungsersuchen eines polnischen Gerichts für unzulässig erklärt, mit dem geklärt werden soll, ob das Unionsrecht diesem Gericht die – ihm nach polnischem Recht nicht zustehende – Befugnis verleiht, das Nichtbestehen des Dienstverhältnisses eines Richters am Obersten Gericht wegen Mängeln seiner Ernennung festzustellen. Die von dem nationalen Gericht vorgelegten Fragen seien, so führt der EuGH aus, für die Entscheidung des bei ihm anhängigen Rechtsstreits nicht objektiv erforderlich. Darüber hinaus hätte die Klägerin des Ausgangsverfahrens vor dem nationalen Gericht rügen können, dass durch die fragliche Ernennung möglicherweise ihr Recht auf Entscheidung dieses Verfahrens durch ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht missachtet worden sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=256246&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3092043>

Frontex; Rückkehrflüge für nicht-ukrainische Drittstaatsangehörige gestartet

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 11.03.2022 bekanntgegeben, dass sie damit begonnen habe, die Mitgliedstaaten bei der Organisation von Rückkehrflügen von nicht-ukrainischen Drittstaatsangehörigen, die aus dem Kriegsgebiet geflohen sind, zu unterstützen. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass die nicht-ukrainischen Drittstaatsangehörigen sicher ihre Herkunftsländer erreichen. Konkret könne Frontex Passagiermaschinen chartern oder Tickets für kommerzielle Flüge kaufen. Bereits am 10./11.03.2022 hätten 394 Personen POL mit zwei Charterflügen in Richtung Tadschikistan und Kirgistan verlassen.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/first-humanitarian-return-flights-by-frontex-r3mnqc>

Frontex; Dornier DO328-100 patrouilliert am Ärmelkanal

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 15.03.2022 bekanntgegeben, dass sie seit Anfang dieses Monats FRA und BEL mit einem Flugzeug des Typs Dornier DO328-100 bei der Verhinderung illegaler Grenzübertritte über den Ärmelkanal nach GBR unterstützt. Das Flugzeug sei mit einer Vielzahl von Überwachungssensoren ausgestattet, z. B. dem „Maritime Patrol Radar (MPAR) und einer Wärmebildkamera. Auf diese Weise sollen die beiden Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität und der Rettung von Menschenleben unterstützt werden.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-deploys-its-own-plane-in-the-channel-cHkg9q>

Kommission; Konsultation zum Cyber-Resilience-Act gestartet

Am 16.03.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation für die Vorbereitung des Cyber-Resilience-Act eingeleitet. Die geplante Verordnung sieht gemeinsame Cybersicherheitsvorschriften für digitale Produkte und damit verbundene Dienstleistungen vor. Die Frist für Rückmeldungen läuft bis zum 25.05.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13410-Gesetz-uber-Cyberresilienz-neue-Cybersicherheitsvorschriften-fur-digitale-Produkte-und-Nebendienstleistungen_de

EuGH; Abgeleitetes Aufenthaltsrecht soll keinen Anspruch auf dauerhaftes Aufenthaltsrecht begründen

Der Generalanwalt beim EuGH Jean Richard de la Tour hat am 17.03.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-624/20 (E. K. gegen Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid) vorgelegt. Er vertritt darin die Auffassung, dass ein vom minderjährigen Sohn abgeleitetes Aufenthaltsrecht der Betroffenen im Ausgangsverfahren seiner Natur nach vorübergehend sei und daher keinen Anspruch auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gemäß der Richtlinie betreffend die Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger begründe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=256043&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3082797>

Rat; EU und Republik Moldau vereinbaren Frontex-Unterstützung

Der Rat hat am 17.03.2022 einen Beschluss über die Unterzeichnung einer Statusvereinbarung zwischen der EU und der Republik Moldau über eine operative Unterstützung Moldaus durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) angenommen. Das Abkommen wurde am selben Tag

unterzeichnet, damit Frontex der Republik Moldau so bald wie möglich operative Unterstützung beim Grenzmanagement zukommen lassen kann. Für den endgültigen Abschluss des Abkommens ist die Zustimmung des EP erforderlich.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7080-2022-INIT/de/pdf>

Kommission; Operative Leitlinien zur Anwendung der Massenzustrom-RL

Die Kommission hat am 18.03.2022 operative Leitlinien für die Anwendung der sog. Massenzustrom-Richtlinie veröffentlicht. Die Leitlinien sollen zu einer einheitlichen Praxis in den Mitgliedstaaten beitragen und den, unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallenden, Personengruppen ein gleichwertiges Schutzniveau bieten. Wichtigste Elemente der Leitlinien sind u.a. die Klarstellung, wer Anspruch auf vorübergehenden Schutz hat, eine Definition des „angemessenen Schutzes“ nach nationalem Recht sowie eine Festlegung der Nachweise, die vorgelegt werden müssen um vorübergehenden oder angemessenen Schutz erhalten zu können. Zudem werden die MS ermutigt, eine Ausweitung des vorübergehenden Schutzes auf Personen in Erwägung zu ziehen, die nicht in den Anwendungsbereich des Beschlusses fallen, aber dennoch Schutz benötigten. Dies gilt etwa für ukrainische Staatsangehörige, die bereits vor dem 24.02.2022 aus ihrem Heimatland geflohen sind. Gleichfalls sollen durch die Leitlinien die Rechte unbegleiteter Minderjähriger gestärkt werden. Bspw. sehen sie vor, dass ihnen unverzüglich ein gesetzlicher Vormund oder eine angemessene Vertretung bestellt werden soll. Des Weiteren sehen die Leitlinien unverbindliche Empfehlungen zur Gewährleistung der Freizügigkeit vor und nach der Erlangung eines Aufenthaltstitels vor. Ebenso enthalten sind Empfehlung zur Rückführung von Personen ohne Bleiberecht in der EU.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0321\(03\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022XC0321(03)&from=EN)

Kommission; Pläne zur Stärkung des Cybersicherheitsniveaus vorgestellt

Die Kommission hat am 22.03.2022 ihre Pläne vorgestellt mit denen sie das Niveau der Cybersicherheit auf EU-Ebene erheblich anheben möchte. Angesichts der zunehmenden Zahl krimineller Cyberaktivitäten weltweit wolle man die Abwehrfähigkeit erhöhen und die Kapazitäten zur Reaktion auf Cyberbedrohungen und -sicherheitsvorfälle ausbauen sowie eine resiliente und sichere öffentliche Verwaltung gewährleisten. Konkret schlägt die Kommission eine Cybersicherheits- sowie eine Informationssicherheitsverordnung vor. Durch die Cybersicherheitsverordnung soll ein Rahmen für Governance, Risikomanagement und Kontrolle im Bereich Cybersicherheit geschaffen werden. Diesbezüglich sieht der Vorschlag u.a. eine Ausweitung des Mandats des IT-Notfallteams für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU (CERT-EU) vor. Es soll künftig als zentrale Stelle für den Austausch von Informationen über Cyberbedrohungen und die Koordinierung der Reaktion auf Sicherheitsvorfälle sowie als zentrales Beratungsgremium und als Diensteanbieter fungieren. Zudem soll mit der Informationssicherheitsverordnung ein Mindestkatalog an Informationssicherheitsvorschriften für die EU-Ebene festgelegt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1866

Eurostat; Deutlicher Anstieg bei erstmaligen Asylanträgen

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 22.03.2022 Zahlen zu den Erstanträgen auf internationalen Schutz in der EU im Jahr 2021 veröffentlicht. Demnach hätten im Jahr 2021 535.000 Asylbewerber (Nicht-EU-Bürger) erstmalig einen Antrag auf internationalen Schutz in den Mitgliedstaaten (MS) gestellt. Dies entspräche einem Anstieg von 28% gegenüber 2020 (417100). Die Zahlen hätten somit in etwa das Niveau von 2014 (530.600) erreicht. Sie lägen aber noch unter dem durch den Krieg

in Syrien bedingten Rekordniveau aus den Jahren 2015 und 2016. Die am häufigsten vertretenen Nationalitäten seien Syrer, Afghanen und Iraker gewesen. Sie hätten fast 40% der Erstantragsteller im Jahr 2021 ausgemacht. In DEU sei mit 148.175 registrierten Erstantragstellern mehr als ein Viertel aller Erstanträge in der EU (28%) gestellt worden. Es folgten FRA (103.790 bzw. 19%) und ESP (62.050 bzw. 12%), vor ITL (43.900 bzw. 8%) und AUT (36.725 bzw. 7%). Allein auf diese fünf MS entfielen zusammen fast drei Viertel aller erstmaligen Asylbewerber in der EU, so Frontex. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl seien die meisten Erstanträge in CYP und AUT gestellt worden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220323-1>

Kommission; Maßnahmen zur Bedarfsdeckung ukrainischer Kriegsflüchtlinge

Die Kommission hat am 23.03.2022 eine Zusammenfassung der Maßnahmen, die sie treffen will, um die Mitgliedstaaten bei der Deckung des Bedarfs der Menschen zu unterstützen, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fliehen, veröffentlicht. Die Unterstützungsmaßnahmen sollen dafür sorgen, dass die Schutzberechtigten ihre Rechte auf Bildung, medizinische Versorgung, Unterkunft und Beschäftigung in den MS wirksam wahrnehmen können. Die konkreten Maßnahmen reichen dabei von der Entwicklung eines Standardverfahrens für die Überstellung unbegleiteter Minderjähriger über die Bereitstellung von Impfstoffen bis hin zur Unterstützung von EU-Bürgern, die Wohnraum für die Kriegsflüchtlinge zur Verfügung stellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1946

EP; Nothilfe für Kriegsflüchtlinge beschlossen

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 24.03.2022 die Umwidmung von EU-Regional- und Asylmitteln für Mitgliedstaaten (MS) gebilligt, die Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. Nur zwei Wochen nachdem die Kommission ihren Vorschlag vorgelegt hatte, nahm das EP die Maßnahmen für den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa („Cohesion Action for Refugees in Europe/CARE“) im Dringlichkeitsverfahren mit 562 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Die Änderungen sollen eine rasche Mittelumverteilung ermöglichen, um die MS und ihre Regionen bei der Nothilfe für die Kriegsflüchtlinge zu unterstützen. Zu den Hilfsmaßnahmen gehören u.a. der Zugang zu Notunterkünften, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser sowie medizinische Versorgung oder Bildung. Für diese Zwecke könnten Mittel der Kohäsionspolitik aus dem Zeitraum 2014-2020 eingesetzt werden, die noch nicht zugewiesen oder verwendet wurden, sowie zusätzliche 10 Mrd. EUR aus der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU). Auch sollen die MS die Rückerstattung von Geldern beantragen können, die sie zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge ausgegeben haben, und zwar rückwirkend ab dem 24.02.2022, dem Beginn der russischen Invasion. Die EU werde schließlich in der Lage sein, 100% (statt der üblichen 85%) der von den MS ausgegebenen Kohäsionsmittel für ein weiteres Jahr (von Mitte 2021 bis Mitte 2022) zu finanzieren. Mit 575 zu 4 Stimmen und 3 Enthaltungen verlängerte das EP um ein Jahr (bis Mitte 2024) den Zeitraum, in dem sowohl der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF 2014-2020) als auch der Fonds für die innere Sicherheit für 2014-2020 genutzt werden können. Dadurch würden etwa 420 Mio. EUR an zusätzlicher Unterstützung bereitgestellt - für Unterbringung, Verpflegung, Gesundheitsversorgung oder zusätzliches Personal. Der Rat muss die Änderungen der Kohäsionsvorschriften nun im nächsten Schritt förmlich annehmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220321IPR25919/krieg-in-der-ukraine-abgeordnete-stellen-nothilfe-fur-fluechtlinge-bereit>

Frontex; Aktuelle Zahlen zu illegaler Migration

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 24.03.2022 Zahlen veröffentlicht, nach denen sich die illegale Migration in den beiden ersten Monaten des Jahres 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 61% angestiegen ist. Insgesamt seien 27.000 irreguläre Grenzübertritte (nicht enthalten sind Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine) registriert worden. Die höchste Zahl illegaler Grenzübertritte sei dabei auf der Westbalkanroute mit 11.700 zu verzeichnen gewesen. Dies sei nahezu eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, so Frontex. Einen starken Anstieg der Zahlen habe es auch auf der Westafrikaroute (mehr als 5.400 Grenzübertritte, + 131%), der östlichen Mittelmeerroute (3.500 Grenzübertritte, davon allein 2.500 in CYP, +138%) und im Ärmelkanal (3.100 Grenzübertritte in Richtung GBR, +115%) gegeben. Allein auf der zentralen Mittelmeerroute sei die Zahl leicht auf 4.500 Grenzübertritte (-12%) gesunken. Die am stärksten vertretenen Nationalitäten auf der Westbalkanroute seien Syrer und Afghanen gewesen. Auf den anderen Migrationsrouten überwog die Zahl von Staatsangehörigen afrikanischer Länder.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/illegal-border-crossings-into-eu-up-61-in-first-two-months-of-2022-gJpxG2>

EuGH; Geburtsmitgliedstaat soll zuständig für Asylantrag sein, auch wenn Familienangehörige in einem anderen Mitgliedstaat internationalen Schutz genießen

Der Generalanwalt beim EuGH Jean Richard de la Tour hat am 24.03.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-720/20 vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass ein Mitgliedstaat den Antrag eines in dem MS geborenen Kindes auf internationalen Schutz nicht mit dem Argument als unzulässig ablehnen könne, dass die Eltern des Kindes in einem anderen MS internationalen Schutz genießen. Das gebiete das Kindeswohl, so der Generalanwalt. Dem Verfahren liegt ein Sachverhalt aus DEU zugrunde. Bei einer Familie aus Tschetschenien waren 2012 Eltern und Geschwister in POL als Flüchtlinge anerkannt worden. Nach einem Umzug nach DEU wurde für ein 2015 in der Bundesrepublik geborenes Kind ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt, den die deutschen Behörden jedoch ablehnten. Der Antrag sei unzulässig, weil den Familienangehörigen schon von einem anderen MS internationaler Schutz gewährt worden sei, erklärten sie. Daraufhin zog die Familie vor Gericht. Das VG Cottbus bat den EuGH im Wege eines Vorabentscheidungsersuchens u.a. um Klärung, wer für die Prüfung des Antrags zuständig ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=256482&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3221060>

Bildung und Kultur

Kommission; Kreatives Europa; Kooperation; Kultureinrichtungen

Die Kommission hat die Frist der Ausschreibungen für den Förderbereich der Europäischen Kooperationsprojekte im Rahmen des Kulturförderprogramms Kreatives Europa bis zum 05.05.2022 verlängert. Die Kooperationsprojekte sollen die intensive und grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den diversen Kultureinrichtungen aus verschiedenen am Programm teilnehmenden Ländern unterstützen. Ein Konsortium besteht dabei aus einer antragstellenden Einrichtung sowie weiteren Kultureinrichtungen, die als Partner fungieren. Die Ausschreibungen umfassen drei Projektkategorien, darunter kleine, mittlere und große Kooperationsprojekte, welche sich nach der Anzahl an Kultureinrichtungen richten und mit bis zu 2 Mio. EUR

gefördert werden können. Die Projekte müssen mindestens eine, maximal zwei der folgenden Programmprioritäten aufgreifen: Publikumsentwicklung, soziale Inklusion, Nachhaltigkeit, Digitales oder internationale Dimension.

<https://culture.ec.europa.eu/calls/creative-europe-european-cooperation-projects>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Forschung; EIT; Förderung; Start-Ups

Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) hat am 16.03.2022 Bewerbungsmöglichkeiten für die Förderlinie EIT-Jumpstarter geöffnet. Das EIT ist eine Einrichtung der dritten Säule des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Der EIT verfolgt das Ziel, die Innovationsfähigkeit von Forschungsakteuren und Unternehmen zu steigern, indem z.B. unternehmerische Talente gefördert und neue marktreife Ideen unterstützt werden. Der EIT-Jumpstarter richtet sich an Start-Ups, die sich in der Frühphase befinden und Innovationen von wissenschaftlichen Projektteam aus den Bereichen Gesundheitswesen, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Energie, urbane Mobilität, verarbeitendes Gewerbe oder das Neuen Europäischen Bauhaus vorweisen können. Es besteht die Möglichkeit, bis zu 10.000 EUR in der jeweiligen Kategorie zu gewinnen. Die Bewerbungen müssen bis zum 10.04.2022 eingereicht werden.

<https://eit.europa.eu/our-activities/opportunities/registration-eit-jumpstarter-now-open>

V e r a n s t a l t u n g e n

Crisis Talk: Der Ukraine Krieg und seine Folgen

Am 17.03.2022 fand in der Reihe "Crisis Talks" eine Digitalveranstaltung zu dem Thema „Der Ukraine-Krieg und seine Folgen“ statt. Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, sprach sich dabei dafür aus, der Ukraine eine Perspektive für einen EU-Beitritt zu geben. Gerade in der jetzigen Zeit sei laut der Ministerin der Zusammenhalt bei geopolitischen Interessen von großer Bedeutung. Prof. Dr. Nicole Deitelhoff betonte, die EU und die NATO hätten ungewohnt zügig und geeint gegen Russland reagiert und präzedenzlose Sanktionspakete verabschiedet. Deitelhoff stellte heraus, dass es um die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Zukunft des Verhältnisses zu Russland gehe. Prof. Dr. Christopher Daase erläuterte, die europäische Sicherheitsarchitektur läge in Trümmern und könne nicht so leicht wiederaufgebaut werden. Es gäbe keinen einfachen Weg zur Friedens- und Sicherheitspolitik Europas wie vor dem Krieg. Die aktuellen Optionen mit Russland bestünden in einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entflechtung. Daase mahnte jedoch, die Bedeutung der langfristige Wiederintegration Russlands in die Weltordnung nicht aus dem Blick zu verlieren. MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) bekräftigte, es sei wichtig, der Ukraine eine ernste Beitrittsperspektive zu geben. Das EP habe stets vor den Gefahren Russlands für die Ukraine gewarnt. Man müsse nun v.a. die Bemühungen der strategischen Autonomie der EU weiter verstärken und Versäumnisse bei der militärischen Ausrüstung nachholen.

Konferenz zur Zukunft Europas – eine regionale Perspektive am 15.03.2022

Am 15.03.2022 fand auf Einladung der Partnerregionen Hessen, Emilia-Romagna, Nouvelle-Aquitaine und Wielkopolska die hybride Veranstaltung „Konferenz zur Zukunft Europas – eine regionale Perspektive“ in der Hessischen Landesvertretung statt. Die Moderatorin Françoise Chotard begrüßte die Hessische Ministerin für

Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Partnerregionen. Marek Woźniak, Präsident der Wielkopolska, bekräftigte zunächst, dass Krieg und Pandemie gezeigt hätten, dass die EU als Gemeinschaftsprojekt besser als einzelne Mitgliedstaaten in der Lage sei, die zentralen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Dabei besäßen die Regionen aufgrund ihrer Bürgernähe die Legitimität sowie das Potenzial, um Kommunikationsdefizite zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen abzubauen. Kommissionsvizepräsidentin Šuica unterstrich in ihren Ausführungen den Beitrag der Konferenz zur Stärkung und Sicherung der europäischen Demokratie. Beeindruckt zeigte sie sich von der Bürgerbeteiligung: Bürger seien Kern- und Herzstück der Konferenz gewesen. Ministerin Lucia Puttrich beschrieb die Regionen und Kommunen als Transporteure der europäischen Idee. Der europäische Gedanke werde vor Ort mit Leben gefüllt. Gerade in Krisen werde die Stärke der europäischen Gemeinschaft besonders spürbar. Sie verstehe Bürgerbeteiligung als Ergänzung und nicht als Ersatz für Politik. Für Marie-Laure Cuvelier (Nouvelle-Aquitaine) komplementiert die regionale Verankerung die Vielfalt und Größe des europäischen Kontinents. Initiativen wie die Zukunftskonferenz würden helfen, Bürger aufzuklären und ein europäisches Bewusstsein zu schaffen. Dafür brauche es eine Verbreitung und stärkere Förderung von bottom-up-Ansätzen. Elly Schlein (Vizepräsidentin der Emilia-Romagna) brachte ihre Hoffnung über eine verstärkte Integration und Solidarität innerhalb der EU zum Ausdruck. In der anschließenden Diskussion zeigte sich das Panel einig in der Frage, dass Europa immer auch in Krisen zusammenwachse und seine Stärke unter Beweis stelle. Ministerin Puttrich unterstrich schließlich, dass es für die Akzeptanz der Zukunftskonferenz bei den Bürgerinnen und Bürgern jedoch konkrete Ergebnisse brauche. Man habe zudem gelernt, wie neue digitale Formate der Bürgerbeteiligung funktionieren und eine neue Beteiligungsform unabhängig von Wahlen gefunden. Auf dieser Basis lasse sich aufbauen. Ministerin Puttrich nannte die Konferenz zur Zukunft Europas ein „anspruchsvolles und gelungenes Experiment“, auch wenn bei der Umsetzung noch Verbesserungspotential bestanden habe. Die restlichen Panel-Teilnehmer schlossen sich dieser Meinung an, wobei die Vizepräsidentin der Kommission Šuica die besondere Rolle der Bildung und Kommunikation hervorhob. Kommunikation und Bildung seien der Schlüssel für eine erfolgreiche europäische Zukunft. Die Bürger müssten wissen, was die EU für sie tue. Diese Konferenz sei ein wichtiges Mittel, um die Kluft zwischen den als weit entfernt wahrgenommenen EU-Institutionen und den Bürgern zu überbrücken.

Veranstaltung „EU-Sorgfaltspflichten für globale Lieferketten – Chancen und Risiken für Unternehmen“

Am 23.03.2022 lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit dem Hessischen Industrie und Handelskammertag zu einer Podiumsdiskussion über den Entwurf eines Lieferkettengesetzes der Kommission in die Landesvertretung in Brüssel ein. Europastaatssekretär Uwe Becker hob die Bedeutung stabiler Lieferketten, welche besonders in Zeiten der Ukraine Krise ihre wichtige Stellung in der Weltwirtschaft zeigen hervor. Anschließend verdeutlichte Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertags, die Sicht der Unternehmen auf die aktuell geltende und angekündigte zukünftige Rechtslage und forderte praxistaugliche, verhältnismäßige und rechtssichere Lösungen, um die Zielsetzungen der Kommission zu erreichen. Nach einem Impuls zum Richtlinienvorschlag der Kommission durch Dr. Susanne Knöfel (Kommission, Generaldirektion für Justiz und Verbraucher) begann die Diskussionsrunde unter Moderation von Silke Wettach. Dort tauschten sich Vertreter hessischer Unternehmen und MdEPs über die vorgeschlagenen Regelungen aus. Hans-Christian Richter (Geschäftsführer MATO GmbH & Co. KG, Mühlheim am Main)

vertrat die Ansicht, dass die Politik lieber an den Problemquellen agieren solle und eine Umsetzung der vorgeschlagenen Richtlinie für viele Unternehmen, besonders KMU, mangels personeller, organisatorischer und finanzieller Kapazitäten nicht möglich sei. Dem stimmte auch Dipl. Ing. Max Reindel (Geschäftsführer INTER ACTIO Engineering and Foreign Trade GmbH, Darmstadt) zu. Er forderte außerdem Hilfeleistungen für kleine Unternehmen, die der bürokratischen Herausforderung nicht gewachsen seien. MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) sah den Richtlinienvorschlag als kontraproduktiv an, da er die Bürokratie zu für hoch, der Nutzen in der Gesamtbetrachtung für zu niedrig hält. Des Weiteren sehe er die Resilienz der Unternehmen und der Lieferketten in Gefahr. Praxis und Theorie fielen seiner Auffassung nach auseinander. MdEP Prof. Dr. René Repasi (S&D/DEU) hingegen begrüßte den Vorschlag der Kommission. Er kritisierte jedoch die Möglichkeit für große Unternehmen, durch Vertragsabschluss die Kontrolle nach unten abgeben zu können („contractual cascading“). Dr. Susanne Knöfel überraschte das überwiegend negative Feedback des Panels am Ende der Diskussion nicht. Sie hielt weiterhin an der Überzeugung fest, dass der Vorschlag der Kommission der richtige Weg sei. Er biete ihrer Meinung nach ausreichend Hilfestellungen für Unternehmen, welche zudem ihre Widerstandsfähigkeit steigern können.

Delegation von hessischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen „Materials for the European Green Deal“

Am 22./23.03.2022 führte eine hochrangige Delegation von hessischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU Gespräche in Brüssel. Die Reise fand im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des „HTAI – Hessen Trade and Invest“ in Kooperation mit dem Verein Materials Valley unter dem Titel „Materials for the Green Deal“ statt. Im Gespräch mit dem hessischen Europastaatssekretär Uwe Becker verließ die Delegation ihren Wunsch nach einer größeren Wahrnehmung der substantiellen Probleme durch in der Zukunft knapp werdende Rohstoffe Ausdruck. In dem Austausch mit den Vertretern der Kommission aus den Bereichen Klima, Forschung und Innovation sowie der persönlichen Denkwerkstatt der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den Gesprächen mit der Vizepräsidentin des EP MdEP Nikola Beer, (RN/DEU), MdEP Reinhard Bütikofer (GRÜNE/DEU) und Kristin Lambert aus der Ständigen Vertretung DEU wurde allen im Gesetzgebungsverfahren maßgeblichen Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Wichtigstes Thema war die sichere Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine waren sich die Beteiligten einig, dass nur eine gemeinsame europäische Anstrengung auf diesem für die Wirtschaft essentielle Feld zu einer Verringerung der Unsicherheit unter den Marktteilnehmern führen kann.

Digital Leaders Roundtable am 22.03.2022: „Agriculture for Tomorrow“

Auf Einladung der Staatsministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und dem Branchenverband Bitkom e.V. fand am 22.03.2022 der Livestream „Agriculture for Tomorrow“ in der Landesvertretung in Brüssel statt. Es handelte sich um die dritte Veranstaltung der Reihe „Digital Leaders Roundtable“, die EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Hessens Europastaatssekretär Uwe Becker eröffnete die Veranstaltung mit dem Hinweis, dass das Potential der Digitalisierung angesichts von über 16.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen, die rund 40% der Landesfläche bewirtschaften, groß sei. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass die rechtlichen Grundlagen der Digitalisierung der Landwirtschaft auf EU-Ebene definiert werden – z.B. hinsichtlich Künstlicher Intelligenz oder der Nutzung von Daten.

Hessens Umweltstaatssekretär Oliver Conz ging darauf ein, dass die Digitalisierung der Landwirtschaft zu Produktivitätsfortschritten, Resilienz, Klimaschutz und biologischer Vielfalt beitrage. Die Technologien böten auch Chancen, den Beruf des Landwirtes attraktiv zu machen. Für die Digitalisierung der Prozesse in der Landwirtschaft sprach sich auch Staatsministerin Prof. Kristina Sinemus aus. Sie verwies auf die hessische Digitalstrategie, die mit allen Ressorts erarbeitet worden ist und auch die Landwirtschaft einbezieht. Im Rahmen der Förderrichtlinie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft werde die Investitionsbereitschaft der hessischen Betriebe in modernste digitale Anwendungen unterstützt und der Grad der Digitalisierung der Betriebe weiter erhöht. Hierfür stehen aus Mitteln zur Umsetzung der Digitalen Strategie insgesamt 5 Mio. EUR bis zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung, so Sinemus. Entscheidend sei aber auch der Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum. Die Hessische Landesregierung investiere allein im Zeitraum bis 2024 mit insgesamt 270 Mio. EUR so viel Geld wie noch nie zuvor in den Breitbandausbau. Niklas Veltkamp, Mitglied der Geschäftsleitung Bitkom e.V., forderte eine dauerhafte Unterstützung bei der Implementierung für die Landwirtinnen und Landwirte. Sie seien innovativ – über die Hälfte der deutschen Landwirte nutzten bereits GPS-gesteuerte Landmaschinen. Das sog. „Smart Farming“ biete eine große Bandbreite an digitalen Lösungen, die auch für kleine Betriebe nutzbar sind, z.B. Software. Für die Kommission sprach Jorge Pinto Antunes, Mitglied des Kabinetts von Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft. Er wies auf die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten hin. Nur wenige Mitgliedstaaten verfügten über nationale Strategien zur Digitalisierung der Landwirtschaft. Die Kommission arbeite an der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Datenraumes für die Landwirtschaft. MdEP Norbert Lins (EVP/DEU), Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des EP, sprach sich für mehr Digitalisierung in der Landwirtschaft aus, um neue Strategien wie Farm to Fork und Biodiversität umsetzen zu können. Er sieht eine große Chance bei den Pflanzenschutzmitteln und der Präzisionslandwirtschaft, oder bei neuen Züchtungstechnologien. Auch wenn es große Herausforderungen gebe, Digitalisierung für jeden Hof zugänglich zu machen, so überwiegen doch die Vorteile. Für eine offene Kommunikation und klare Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und Verbänden sprach sich Jörg Migende, Leiter Digital Farming, BayWa AG, aus. Es fehle die Diskussion, ob eine „Digital Farming“- Industrie in Europa entstehen könne. Wichtig sei, dass privatwirtschaftliches Interesse entstehen könne. Europa sollte nicht die USA kopieren, sondern gemeinsam vorgehen. Karsten Schmal, Präsident des Hessischen Bauernverbandes, betonte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung in der Landwirtschaft: eine flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Internet, die störungsfreie Funktionsfähigkeit unter Praxisbedingungen und nicht zuletzt die Wirtschaftlichkeit. Einig waren sich alle Redner, dass der Krieg gegen die Ukraine, die als Kornkammer Europas gilt, die Bedeutung der Nahrungsmittelsicherheit und der Rolle der Landwirtschaft derzeit in besonderer Weise verdeutlicht.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

28.03.2022	Außerordentliche Tagung des Rates „Justiz und Inneres zur europäischen Koordinierung für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine
29.03.2022	Rat (Gesundheit)
04.04.2022	Euro-Gruppe
04./05.04.2022	Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport)
05.04.2022	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
07.04.2022	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)

Europäische Kommission

30.03.2022	<p>Paket zur Kreislaufwirtschaft I</p> <ul style="list-style-type: none">• Initiative für nachhaltige Produkte inklusive der Überarbeitung der Öko-Design-Richtlinie• Überarbeitung der Regulierung für Baustoffe• Strategie für nachhaltige Textilien• Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Grünen Wandel
05.04.2022	<p>Emissions- und Schadstoffpaket</p> <ul style="list-style-type: none">• Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen und Aktualisierung des Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters (E-PRTR)• Überprüfung der EU-Vorschriften über fluorierte Treibhausgase• Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen• Europäischer Raum für Gesundheitsdaten

Europäisches Parlament

Plenartagung vom 04.-07.04.2022

- Aussprache zum Schwerpunktthema: Die Ukraine
- Sechster Sachstandsbericht des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC) - Erklärungen des Rates und der Kommission

- Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve für das Emissionshandelssystem der EU
- Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr
- Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung
- Schutz der Rechte des Kindes in zivil-, verwaltungs- und familienrechtlichen Verfahren
- Transeuropäische Energieinfrastruktur
- Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013
- Leitlinien für den Haushaltsplan 2023 – Einzelplan III
- Gleichstellung von Feldbesichtigungen sowie von bestimmtem in Bolivien erzeugtem Saatgut
- Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2022: Anpassung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027
- Die Lage in Afghanistan, insbesondere die Lage der Frauenrechte
- Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Der Strategische Kompass der EU für Sicherheit
- Ergebnisse des Gipfeltreffens EU-China (1. April 2022) - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 24./25. März 2022 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Daten-Governance-Gesetz
- Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz)
- Der globale Ansatz für Forschung und Innovation – Europas Strategie für internationale Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Laufende Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Der Schengen-Evaluierungsmechanismus
- Verstöße gegen das Recht auf Asyl, auf Leben und auf Nichtzurückweisung in Griechenland - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Die Lage ausgegrenzter Roma-Gemeinschaften in der EU - Erklärung der Kommission
- Recht auf Reparatur - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023

Ausschuss der Regionen

- 29.03.2022 CIVEX-Fachkommissionssitzung
Erweiterungspaket 2021 (Abstimmung)
Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf subnationaler Ebene und Abmilderung der territorialen Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU (Abstimmung)
Stärkung der Demokratie und Integrität der Wahlen (Abstimmung)
Überarbeitung der Governance des Schengen-Raums (Meinungsaustausch)
- 31.03.2022 NAT-Fachkommissionssitzung
Politik für den ländlichen Raum (Debatte)
Umsetzung der nationalen GAP-Strategiepläne auf regionaler Ebene (Debatte)
Europäische Gesundheitsunion: ein Gesundheitspakt für die Europäerinnen und Europäer (Debatte)
- 01.04.2022 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021–2030) (Abstimmung)
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit (Abstimmung)
Europäische Hochschulstrategie (Abstimmung)
- 07.04.2022 COTER-Fachkommissionssitzung
Achter Kohäsionsbericht (Meinungsaustausch)
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) (Meinungsaustausch)
Die nächste Generation von Eigenmitteln für den EU-Haushalt (Meinungsaustausch)
Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 29.03.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-132/20 Getin Noble Bank
Unabhängigkeit der Justiz in Polen
- 31.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-96/21 CTS Eventim
Konzertkarten – Widerrufsrecht
- 31.03.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-472/20 Lombard Lizing
Missbräuchliche Klauseln – Fremdwährungskredite

- 31.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-168/21 Procureur général près la cour d'appel d'Angers
Europäischer Haftbefehl – Bedingung der beiderseitigen Strafbarkeit
- 31.03.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-18/21 Uniqa Versicherungen
Unterbrechung nationaler Verfahrensfristen wegen Covid-19 – Europäischer Zahlungsbefehl
- 31.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-230/21 Belgische Staat (Verheirateter minderjähriger Flüchtling)
Familienzusammenführung – Verheirateter minderjähriger Flüchtling
- 05.04.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-140/20 Commissioner of the Garda Síochána u.a.
Vorratsdatenspeicherung in Irland zwecks Bekämpfung schwerer Kriminalität
- 05.04.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-158/21 Puig Gordi u.a. (Europäischer Haftbefehl)
Vollstreckung Europäischer Haftbefehle gegen Carles Puigdemont u.a.
- 07.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-561/20 United Airlines
Verspätung eines Anschlussflugs mit einer Drittstaats-Airline in einem Drittstaat
- 07.04.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-249/21 Fuhrmann-2
Verbindlichkeit von Online-Buchungen
- 07.04.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-460/20 Google (Auslistung eines angeblich unrichtigen Inhalts)
Recht auf Vergessenwerden
- 07.04.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-721/20 DB Station & Service
Überprüfung der Höhe der Entgelte für die Nutzung von Bahnstationen
- 07.04.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-19/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Ablehnung der Übernahme eines unbegleiteten Minderjährigen ägyptischer Staatsangehörigkeit)
Dublin-III-Verordnung - Rechtsschutz

Europäisches Gericht

- 30.03.2022 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-323/17 Martinair Holland /, T-324/17 SAS Cargo Group u.a. /, T-325/17 KLM /, T-326/17 Air Canada /, T-334/17 Cargolux Airlines /, T-337/17 Air France-KLM /, T-338/17 Air France /, T-340/17 Japan Airlines /, T-341/17 British Airways /, T-342/17 Deutsche Lufthansa u.a. /, T-343/17 Cathay Pacific Airways /, T-344/17 Latam Airlines Group und Lan Cargo / T-350/17 Singapore Airlines und Singapore Airlines Cargo / Kommission Luftfrachtkartell
- 30.03.2022 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-291/20 und T-292/20 Yanukovych / Rat
Restriktive Maßnahmen – Ukraine
- 31.03.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-316/14 RENV PKK / Rat und T-148/19 PKK / Rat
Restriktive Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 08.04.2022.

Trauer um Ralf Bingel

Die Vertretung des Landes Hessen bei der EU trauert um ihren langjährigen Kollegen Ralf Bingel, der am 18.03.2022 völlig unerwartet im Alter von 65 Jahren verstorben ist. Herr Bingel studierte Germanistik und begann nach einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines EP-Abgeordneten seine berufliche Laufbahn im hessischen Landesdienst als Referatsleiter in der 1991 neu gegründeten Europaabteilung der Hessischen Landesregierung in Wiesbaden im damaligen Hessischen Ministerium des Innern und für Europa. Ab 2003 leitete er das Europäische Informationszentrum im Regierungspräsidium Darmstadt, wechselte von 2004 – 2007 als Referent in der EU-Koordinierungsgruppe des Auswärtigen Amtes in Berlin, bevor er später im gleichen Jahr seine Tätigkeit als Referatsleiter in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union in Brüssel aufnahm. Er war aktuell zuständig für EU-Förderprogramme. Außerdem war er über viele Jahre aktives Präsidiums- bzw. Vorstandsmitglied verschiedener Verbände der Europa-Union. Unsere Gedanken sind bei seiner Ehefrau, der übrigen Familie und seinen Freunden. Im Foyer der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, Rue Montoyer 21, 1000 Brüssel liegt ein Kondolenzbuch aus.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA